



## Antrag auf Erstzulassung als Kursträger gem. § 18 Abs. 1 Integrationskursverordnung (IntV)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) kann gemäß § 18 Abs. 1 IntV auf Antrag zur Durchführung der Integrationskurse private oder öffentliche Kursträger zulassen, wenn sie

1. zuverlässig und gesetzestreu sind,
2. Integrationskurse ordnungsgemäß durchführen können (Leistungsfähigkeit) und
3. ein Verfahren zur Qualitätssicherung und -entwicklung anwenden.

Das Bundesamt entscheidet über den Antrag auf Zulassung nach Prüfung der eingereichten Unterlagen und im Regelfall nach örtlicher Prüfung, § 20 Abs. 1 Satz 1 IntV.

Inwieweit die Möglichkeit zur Stellung von Anträgen auf Erstzulassung bzw. zum Erhalt einer Erstzulassung als Kursträger besteht sowie die einzuhaltenden Antragsfristen sind den Informationen für Integrationskursträger auf der Homepage des Bundesamtes zu entnehmen: [Träger der Integrationskurse](#).

Die Erteilung einer Zulassung setzt voraus, dass die dort genannten Voraussetzungen eingehalten wurden.

Die Prüfung der eingereichten Unterlagen erfolgt

1. nach Kriterien, deren Vorliegen zwingend erforderlich ist - hierzu gehören u. a.
  - eine mindestens zweijährige Tätigkeit im Bereich der Organisation und Durchführung von Sprachvermittlungskursen in der Erwachsenenbildung
  - die Angabe der Höhe der Lehrkräftevergütung und
  - die Durchführung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung und -entwicklung
2. sowie nach Bewertungskriterien, für die abhängig von den Angaben des Antragstellers eine bestimmte Punktzahl vergeben wird. Ein entsprechender Punktekatalog mit den Bewertungskriterien und den erreichbaren Punkten sowie der Angabe der notwendigen Mindestpunktzahl für die Erteilung der Zulassung ist auf der Internetseite des Bundesamtes [Zulassungsverfahren](#) veröffentlicht.

Darüber hinaus enthält der Antrag Verpflichtungen und Erklärungen, von denen nicht abgesehen werden kann. Dies ist an den entsprechenden Stellen im Antrag vermerkt.

Weiterhin ist der Antragsteller gemäß § 8 Abs. 2 IntV zur elektronischen Datenübermittlung an das Bundesamt verpflichtet. Für Integrationskursträger wurden vom Bundesamt zwei Verfahren zur Anbindung im Rahmen des Online-Verfahrens entwickelt: Das Web-Service-Verfahren und das Web-Masken-Verfahren. Erforderlich ist als technische Mindestvoraussetzung eine Internetverbindung mit einer Bandbreite von mindestens 1 MBit/s und ein Web-Browser in aktueller Form. Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage des Bundesamtes ([InGe-Online-Kursträger](#)). Eine Zulassung als Kursträger kann erst nach Durchführung des Anschlussverfahrens zum Online-Verfahren und entsprechender Freigabebescheinigung durch das Bundesamt erfolgen.

Die dreijährige Erstzulassung als Kursträger erfolgt, wenn alle zwingend erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn die vorgeschriebene Mindestpunktzahl erreicht wird, allen genannten Verpflichtungen zugestimmt

wird und alle notwendigen Erklärungen abgegeben werden. Wird Lehrkräften ein Honorar von unter 42,23 EUR pro Unterrichtseinheit gezahlt, wird die Zulassung auf ein Jahr beschränkt.

Der Antrag ist vollständig und sorgfältig auszufüllen, fehlende oder unvollständige Angaben können zu einem Punktabzug in der Bewertung führen.

Voraussetzung für eine Zulassung für spezielle Integrationskurse gemäß § 18 Abs. 2 Satz 3 IntV ist eine Zulassung als Kursträger gemäß § 18 Abs. 1 IntV. Die Zulassung zur Durchführung von Intensivkursen gemäß § 13 Abs. 2 IntV ist zwar gemäß § 18 Absatz 2 Satz 3 IntV ebenfalls gesondert zu beantragen, derzeit aber ohne zusätzliche Anforderungen von der allgemeinen Zulassung als Kursträger umfasst, weshalb außer der Angabe in diesem Formular kein gesonderter Antragsvordruck auszufüllen ist. Das Bundesamt behält sich jedoch vor, zu einem späteren Zeitpunkt ein gesondertes Zulassungsverfahren für Intensivkurse einzuführen.

Die Zulassung zur Durchführung von Zweitschriftlernerkursen ist nicht gesondert zu beantragen. Sie wird von der Zulassung zur Durchführung von allgemeinen Integrationskursen mit umfasst.

Soweit in diesem Antrag vom „Antragstellenden“ die Rede ist, wird diese Form verallgemeinernd verwendet und bezieht sich auf beide Geschlechter. Dies gilt auch für alle weiteren personenbezogenen Bezeichnungen.

## **I. Angaben zum Antragstellenden, § 19 Abs. 1 Nr. 1 IntV**

**I.1** Name:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Telefon:

Telefax:

Internetadresse:

E-Mail-Adresse:

## **I.2 Weitere die Grundzulassung ergänzende Zulassungsanträge**

**I.2.1** Ergänzende Beantragung der Zulassung zu speziellen Integrationskursen, § 18 Abs. 2 Satz 3 IntV

Über die Zulassung zur Durchführung von Integrationskursen hinaus beantrage ich ergänzend die Zulassung zur Durchführung von

- ☐ Jugendintegrationskursen
- ☐ Elternintegrationskursen
- ☐ Frauenintegrationskursen
- ☐ Integrationskursen mit Alphabetisierung
- ☐ Förderkursen
- ☐ Intensivkursen

Bitte die entsprechenden Anträge als Anlage beifügen.

**I.2.2** Zulassung als Prüfstellen § 20 a Abs. 1 IntV

Ich beantrage die Zulassung als Prüfstelle zur Abnahme

- ☐ des Sprachtests „Deutschtest für Zuwanderer“
- ☐ des Tests „Leben in Deutschland“

Bitte den entsprechenden Antrag als Anlage beifügen.

**I.2.3** Zulassungen für weitere Standorte, § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 IntV

Ich beantrage Zulassungen für weitere Standorte (Standorte sind Orte, an denen eigene Verwaltungsstrukturen vorhanden sind und die insbesondere die Organisation und Abrechnung der Kurse durchführen).

☐ Ja, ich beantrage die Zulassung für folgende weitere Standorte (für jeden Standort ist zusätzlich bei der jeweils örtlich zuständigen Regionalstelle des Bundesamtes ein vollständiger Zulassungsantrag zu stellen):

☐ Nein

**I.2.4** Zulassung für Kursorte

Bitte teilen Sie alle zusätzlichen Kursorte, an denen Sie Integrationskurse durchführen werden, mit dem „Meldebogen Kursort“ dem Bundesamt im Rahmen dieses Zulassungsverfahrens mit. Dieser Meldebogen ist dem Antrag als Anlage beizufügen. Eine Zulassung dieser Kursorte erfolgt nach Prüfung durch das Bundesamt, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Es wird die Zulassung für (bitte die Anzahl eintragen) weitere Kursorte beantragt.

### **I.3      Rechtsform, § 19 Abs. 1 Nr. 1 IntV, und Kontaktdaten**

#### **I.3.1**

Gesellschaftsform:

Vertreter nach Gesetz, Satzung oder  
Gesellschaftsvertrag (Nachweis bitte beilegen):

☐ Juristische Person, z.B. GmbH, e.V., AG,  
Körperschaft, Anstalten und Stiftungen des öff.  
Rechts

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

☐ Personengesellschaft, z.B. GbR, OHG, KG,  
GmbH & Co KG/OHG

Geburtsort:

Adresse:

Evtl. weitere Vertreter und deren persönliche  
Daten bitte auf einem Beiblatt benennen.

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

☐ Natürliche Person

Geburtsort:

Adresse:

**I.3.2**      Bei erfolgter Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister ist ein entsprechender Auszug  
beizufügen, andernfalls eine Gewerbeanmeldung.

**I.3.3**      Ansprechpartner/in:

Telefonnummer:

E-Mail-Adresse:

Bankverbindung (Geschäftskonto):

BLZ:

Kto-Nr.:

IBAN:

BIC:

Kreditinstitut:

## **II. Angaben zur Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Antragstellenden, § 19 Abs. 1 IntV**

### **II.1 Erklärung zu Insolvenzverfahren, Vorstrafen, Strafverfahren u. ä., § 19 Abs. 1 Nr. 2 IntV**

Der Antragstellige versichert, dass gegen seine gesetzlichen Vertreter oder gegen die zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen kein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren innerhalb der letzten fünf Jahre im In- oder Ausland durchgeführt wurde, und dass gegen die genannten Personen kein Strafverfahren anhängig ist. Er erklärt weiterhin, dass diese Personen nicht vorbestraft sind.

☐ Ja, es liegen keine Vorstrafen vor und/ oder es ist kein Straf- oder Ermittlungsverfahren anhängig

☐ Nein, es liegen Vorstrafen vor und/ oder es ist ein Straf- oder Ermittlungsverfahren anhängig

(Falls Sie hierzu keine Angaben machen, wird der Antrag abgelehnt.)

Auf Verlangen des Bundesamtes hat der Antragstellige zum Nachweis seiner Angaben ein behördliches Führungszeugnis gemäß § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz für sich oder seine gesetzlichen Vertreter bzw. die zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen vorzulegen.

Zudem erklärt der Antragstellige, dass gegen ihn oder seine gesetzlichen Vertreter oder gegen die zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen in den letzten fünf Jahren kein Insolvenzverfahren und kein Gewerbeuntersagungsverfahren im In- oder Ausland durchgeführt wurde.

☐ Ja, es wurde kein Insolvenzverfahren und/ oder kein Gewerbeuntersagungsverfahren durchgeführt

☐ Nein, es wurde ein Insolvenzverfahren und/ oder ein Gewerbeuntersagungsverfahren durchgeführt

(Falls Sie hierzu keine Angaben machen, wird der Antrag abgelehnt.)

Als Nachweis ist ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister beizufügen, der nicht älter ist als drei Monate.

### **II.2 Übersicht zur Durchführung von Förderprogrammen oder vergleichbaren Maßnahmen, § 19 Abs. 1 Nr. 3 IntV**

Fügen Sie bitte eine Kurzübersicht als Anlage bei, aus der hervorgeht, welche Förderprogramme von öffentlichen Auftraggebern oder vergleichbare Fördermaßnahmen Sie bereits durchgeführt haben und/oder aktuell durchführen.

### **II.3 Erklärung zu Widerruf der Zulassung oder Ablehnung einer Folgezulassung, § 19 Abs. 1 Nr. 4 IntV**

Der Antragstellige erklärt, dass nicht innerhalb der letzten drei Jahre sein Antrag auf Zulassung als Integrationskursträger abgelehnt oder seine Zulassung widerrufen oder sein Folgeantrag abgelehnt wurde. Er erklärt darüber hinaus, dass seine gesetzlichen Vertreter oder die zur Vertretung oder Geschäftsführung Berechtigten nicht innerhalb der letzten drei Jahre als vertretungsberechtigte Personen eines anderen Integrationskursträgers an der Ablehnung dessen Antrags auf Zulassung als Integrationskursträger oder Folgeantrags oder Widerruf der Zulassung beteiligt waren.

☐ Ja

☐ Nein

(Falls Sie hierzu keine Angaben machen, wird der Antrag abgelehnt.)

### **III. Angaben zur Leistungsfähigkeit des Antragstellenden, § 19 Abs. 2 IntV**

#### **III.1 Erfahrungsnachweis im Bereich der Organisation und Durchführung von Sprachvermittlungskursen in der Erwachsenenbildung, § 19 Abs. 2 Nr. 1 IntV**

Tätig im Bereich der Organisation und Durchführung von Sprachvermittlungskursen in der Erwachsenenbildung seit: (Monat/Jahr), bitte Nachweis beifügen.

(Falls die Erfahrung des Antragstellenden hinsichtlich Organisation und Durchführung der Sprachvermittlung in der Erwachsenenbildung weniger als zwei Jahre beträgt, wird der Antrag abgelehnt.)

Haben Sie bereits mit sonstigen Zielgruppen Erfahrungen in Sprachvermittlungskursen?

☐ Ja, folgende:

☐ Nein

Verfügen Sie bereits über eine Zulassung als Kursträger für vergleichbare Bildungsmaßnahmen von staatlichen oder zertifizierten Stellen?

☐ Ja (Bitte Nachweis der staatlichen bzw. zertifizierten Stelle beilegen.)

☐ Nein

#### **III.2 Angaben zur Lehrorganisation, § 19 Abs. 2 Nr. 2 IntV**

Welche der folgenden Maßnahmen führen Sie durch bzw. bieten Sie an?

☐ Bei festangestellten Lehrkräften: Hospitationen im Unterricht durch Trägerverantwortliche mit anschließender Auswertung

☐ Regelmäßiger fachlicher Austausch der Lehrkräfte untereinander

☐ Beschwerdemanagement für Teilnehmende

☐ Regelmäßige Unterrichtsevaluation durch die Teilnehmenden

☐ Informationen für neue Lehrkräfte über die Rahmenbedingungen zur Durchführung von Integrationskursen

Über obenstehende Aktivitäten sind schriftliche Nachweise vorzuhalten.

☐ Bereitstellung eines Vorbereitungsraums für die Lehrkräfte

☐ Bereitstellung einer Fachbibliothek für die Lehrkräfte

☐ Regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Lehrkräfte über Neuerungen im Integrationskursverfahren

### III.3 Ausstattung der Unterrichtsräume, § 19 Abs. 2 Nr. 3 IntV

Geben Sie bitte in der folgenden Aufstellung an, welche Räume den Teilnehmern am Standort zur Verfügung stehen. Dabei sind Unterrichtsräume ebenso wie zusätzliche Räume, z. B. Pausen- und /oder Sozialräume und Räume zum Selbststudium (Bibliothek, Leseraum, Hausaufgabenraum etc.) anzugeben. Es müssen insgesamt mindestens zwei Unterrichtsräume mit jeweils mindestens 20 Teilnehmerplätzen beim Träger vorhanden sein.

- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:
- qm                   Plätze,  
Nutzungsart und Raumbezeichnung:

Welche technische und digitale Ausstattung steht in den Unterrichtsräumen/für den Unterricht über die Grundausstattung (Stühle, Tische, Tafel o. ä.) hinaus zur Verfügung?

☐ technische/digitale Basisausstattung: Digitales Whiteboard oder Beamer (alternativ) zusammen mit Lehrer-PC, Lautsprecher und Internetzugang (kumulativ)

☐ Mindestens 3 Laptops mit Internetzugang für Teilnehmende,

Anzahl pro Kursort:

☐ Kostenloses WLAN sowohl für Lehrkräfte als auch Teilnehmende auch für Privatgeräte

☐ Dokumentenkamera/Visualizer

Welche zusätzliche unterstützende Ausstattung steht den Lehrkräften zur Verfügung?

☐ Vorhandensein von Lehrwerken

☐ Frei verfügbares Kopiergerät

☐ Sonstiges:

#### **III.4 Einsatz neuer Medien, § 19 Abs. 2 Nr. 4 IntV**

Der Antragstellende wird die jeweils aktuellen pädagogischen Konzepte des Bundesamtes einhalten und die darin aufgeführten neuen Medien bedarfsgerecht einsetzen.

☐ Ja

☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

#### **III.5 Personelle Ausstattung, § 19 Abs. 2 Nr. 5 IntV**

##### **III.5.1 Personelle Kapazitäten im Verwaltungsbereich, § 19 Abs. 2 Nr. 5 IntV**

Ist für die im Rahmen eines Integrationskurses anfallenden Verwaltungsaufgaben mindestens eine eigene Verwaltungskraft, die nicht gleichzeitig auch eine Lehrtätigkeit für diesen Antragstellenden ausübt, vorhanden? Es genügt bzw. genügen auch eine oder mehrere Teilzeitkräfte, wenn diese alle anfallenden Verwaltungsaufgaben übernehmen kann/können.

☐ Ja

☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

##### **III.5.2 Personal für Einstufungstests, § 19 Abs. 2 Nr. 5 IntV**

Der Antragstellende verpflichtet sich, die Einstufungstests nur mit ausreichend qualifiziertem Personal durchzuführen, das nach § 15 Abs. 1 oder 2 IntV als Lehrkraft zugelassen ist.

☐ Ja

☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

**III.5.3 Lehrkräfte mit ergänzender Qualifizierung für Orientierungskurse und Qualifizierung in Medienkompetenz, § 19 Abs. 2 Nr. 5 IntV**

Wie viele der von Ihnen eingesetzten Lehrkräfte haben die „ergänzende Qualifizierung von Lehrkräften im Orientierungskurs“ besucht?

- ☐ Keine
- ☐ Der Antragstellende sagt zu, dass mindestens eine der von ihm eingesetzten Lehrkräfte die ergänzende Zusatzqualifikation baldmöglichst spätestens bis zum Ende der Zulassungsdauer besuchen wird.
- ☐ Mindestens eine der vom Antragstellenden eingesetzten Lehrkräfte hat bereits die Zusatzqualifikation erworben.  
(Wenn bislang keine Lehrkraft über die o.g. Zusatzqualifikation verfügt und nicht zumindest die Qualifizierung einer Lehrkraft bis zum Ende der Zulassungsdauer zugesagt wird, wird der Antrag abgelehnt.)

Wie viele der von Ihnen eingesetzten Lehrkräfte haben das Wahlmodul Medienkompetenz der Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte im Bereich Deutsch als Zweitsprache (ZQ DaZ) absolviert?

- ☐ Keine
- ☐ Der Antragstellende sagt zu, dass mindestens eine der von ihm eingesetzten Lehrkräfte das Wahlmodul Medienkompetenz der ZQ DaZ baldmöglichst, spätestens bis zum Ende der Zulassungsdauer besuchen wird.
- ☐ Mindestens eine der vom Antragstellenden eingesetzten Lehrkräfte hat bereits das Wahlmodul Medienkompetenz der ZQ DaZ absolviert.

**III.6 Angaben zur Lehrkräftevergütung, § 19 Abs. 2 Nr. 6 IntV**

Mit welchem Stundensatz (pro UE 45 Minuten) werden Sie die Honorarlehrkräfte in Ihren Integrationskursen mindestens vergüten? Bitte geben Sie nur den Stundensatz für die reine Lehrvergütung an.

Betrag brutto: (Falls Sie hierzu keine Angaben machen, wird der Antrag abgelehnt. Falls der Satz unter 42,23 € liegt, wird die Zulassung nur für ein Jahr erteilt.)

Der Antragstellende verpflichtet sich, jeder seiner Honorarlehrkräfte mindestens die im Antrag genannte Höhe der Lehrkräftevergütung zu zahlen und jede Reduzierung unverzüglich dem Bundesamt mitzuteilen.

- ☐ Ja
- ☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

Werden Sie über die reine Lehrvergütung hinaus noch weitere Nebenleistungen (z.B.: Fahrtkosten, etc.) zahlen?

- ☐ Nein
- ☐ Ja. Bitte geben Sie in diesem Fall die Art und Höhe der Leistungen pro Kurs oder Kursstunde an.

Entgelt: Kostengrund:

Müssen die Lehrkräfte Unterrichtsmaterialien (z.B. Kopien, Stifte, zusätzliche Bücher, Spiele, etc.) selbst zahlen?

☐ Nein

☐ Ja. Bitte geben Sie in diesem Fall an, wofür und in welcher Höhe diese Unkosten anfallen. Bitte geben Sie die Kostensumme pro Kurs an.

Kosten:            Kostengrund:

### **III.7 Mittel zur Erreichung spezieller Zielgruppen, § 19 Abs. 2 Nr. 7 IntV**

Machen Sie Angaben (ggf. auf einem Beiblatt), mit welchen Maßnahmen Sie spezielle Zielgruppen, z. B. Erwerbstätige außerhalb von Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, Frauen mit geringen Bildungserfahrungen oder Personen mit Betreuungspflichten für Kinder unter drei Jahren erreichen wollen.

### **III.8 Bewältigung spezieller regionaler Bedarfslagen, § 19 Abs. 2 Nr. 8 IntV**

Stellen Sie dar (ggf. auf einem Beiblatt), welche speziellen regionalen Bedarfslagen Sie in Ihrem Einzugsgebiet sehen und mit welchen Mitteln Sie diese bewältigen wollen.

### **III.9 Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Integration, § 19 Abs. 2 Nr. 9 IntV**

**III.9.1** Machen Sie Angaben zur Zusammenarbeit mit anderen Integrationsträgern vor Ort, insbesondere den Trägern migrationspezifischer Beratungsangebote nach § 45 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes, den Agenturen für Arbeit und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Gehen Sie dabei insbesondere auf die Dauer und die Intensität dieser Zusammenarbeit ein.

**III.9.2** Mit welchen weiteren Anbietern im Bereich der Erwachsenenbildung, insbesondere solchen mit Angeboten für Personen mit Migrationshintergrund, sind Sie vernetzt?

### **III.10 Zusammenarbeit mit anderen zugelassenen Integrationskursträgern, § 19 Abs. 2 Nr. 10 IntV**

Der Antragsteller verpflichtet sich, mit den anderen örtlichen zugelassenen Integrationskursträgern zusammenzuarbeiten, an der für den o. g. Kursort örtlichen Netzwerkarbeit mitzuwirken und an den entsprechenden Netzwerktreffen teilzunehmen.

☐ Ja

☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

Im Rahmen der Prüfung Ihres Zulassungsantrages werden Art und Umfang der Zusammenarbeit mit anderen Integrationskursträgern bewertet. Bitte machen Sie Angaben zur geplanten bzw. zur bereits bestehenden Zusammenarbeit mit anderen Integrationskursträgern.

Mit mindestens einem weiteren Integrationskursträger aus Ihrer Region ist ein Kooperationsvertrag zu schließen. Die Vertragsparteien müssen darin folgende Ziele vereinbart haben:

Ermöglichung des Zugangs zu einem passenden und möglichst orts nahen Kurs innerhalb von sechs Wochen nach Anmeldung eines Interessenten,

aufeinander abgestimmte Kursbeginne,  
aufeinander abgestimmte Kursangebote,  
im Bedarfsfall Abgabe von Teilnehmern an Kooperationspartner,  
gegenseitige Durchführung von Einstufungstests, gegenseitige „Deutsch-Test für  
Zuwanderer“ (DTZ)- Prüfungsabnahme und gegenseitige Abnahme des Tests „Leben in  
Deutschland“ (LiD).

Fügen Sie ggf. bereits geschlossene Kooperationsverträge bei.

- ☐ Kooperationsvertrag/-verträge beigelegt  
☐ bisher kein Kooperationsvertrag geschlossen

Falls Sie noch keinen Kooperationsvertrag vorlegen können, ist eine Erklärung des /der  
beabsichtigten Vertragspartner/s vorzulegen, die den Abschluss eines Kooperationsvertrages mit  
dem oben genannten Inhalt für den Fall der Trägerzulassung verbindlich zusagt.

Falls Sie selbst keine Zulassung als Prüfstelle beantragen wollen bzw. die Voraussetzungen für den  
Erhalt einer Prüfstellenzulassung nicht erfüllen, wird ein Kooperationspartner benötigt, der  
insbesondere die zeitnahe Prüfungsabnahme des „Deutsch-Test für Zuwanderer“ (DTZ) bzw. des  
Tests „Leben in Deutschland“ (LiD) für Ihre Kursteilnehmer sicherstellen kann. Eine  
entsprechende Vereinbarung zwischen Ihnen und Ihrem Kooperationspartner ist diesem  
Zulassungsantrag beizufügen.

#### **IV. Angaben zur Beurteilung der vom Antragstellenden eingesetzten Instrumente zur Qualitätssicherung und -entwicklung, § 19 Abs. 3 IntV**

Eine der Voraussetzungen für die Zulassung als Integrationskursträger ist der Einsatz eines  
Verfahrens zur Qualitätssicherung und -entwicklung, welches durch eine entsprechende  
Zertifizierung nachzuweisen ist. Eine Liste mit den vom Bundesamt anerkannten  
Qualitätszertifikaten finden Sie auf der Internetseite [Liste anerkannter Qualitätsmanagement-  
Zertifikate](#).

- ☐ Ein anerkanntes und gültiges Qualitätsmanagementzertifikat liegt vor und ist als Anlage  
beigelegt.

Ist ein anerkanntes und gültiges Qualitätsmanagementzertifikat nicht vorhanden, wird der Antrag  
abgelehnt.

#### **V. Anlagen (die aufgeführten Anlagen sind Bestandteil des Zulassungsantrages)**

## **VI. Erklärungen und Verpflichtungen zum Antrag auf Erstzulassung als Kursträger**

### **1. Wahrheitsgemäße und vollständige Angaben**

Der Antragstellende versichert, dass die Angaben in diesem Antrag, seinen Anlagen und Beiblättern wahrheitsgemäß und vollständig sind. Dem Antragsteller ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zum Widerruf oder zur Rücknahme der Zulassung bzw. der Zertifizierung als Integrationskursträger führen können.

### **2. Mitteilungspflicht bei Änderungen**

Ergeben sich während des Zulassungszeitraums Änderungen zu den gemachten Angaben, sind diese dem Bundesamt unverzüglich mitzuteilen.

### **3. Aufnahme in die öffentliche Trägerliste**

Der Antragstellende erklärt sich einverstanden, dass der Trägername und die Anschrift im Falle einer Zulassung in die öffentlich zugängliche Trägerliste des Bundesamtes aufgenommen werden.

[\(Liste der zugelassenen Integrationskursträger\)](#)

### **4. Veröffentlichung des Kursangebots**

Der Antragstellende erklärt sich einverstanden, sein Kursangebot sowie verfügbare Kursplätze nach den Vorgaben des Bundesamtes zu veröffentlichen. Er erklärt sich insbesondere damit einverstanden, dass seine Daten (z.B. Name, Adresse, Name der Ansprechpartner) im Rahmen des BAMF-NAVI veröffentlicht werden.

### **5. Einwilligungserklärung zur Einholung von Auskünften zu Vorstrafen, anhängigen Strafverfahren oder staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren**

Der Antragstellende erklärt sich einverstanden, dass das Bundesamt zur Überprüfung der in § 19 Abs. 1 Nr. 2 IntV festgelegten Anforderungen anlassbezogen Auskünfte von Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden in Bezug auf die Person des Antragstellenden oder seiner gesetzlichen Vertreter bzw. der zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen einholen kann. Der Antragstellende willigt ein, jederzeit auch während des laufenden Zulassungszeitraums auf Verlangen des Bundesamtes ein behördliches Führungszeugnis gemäß § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz für sich, seine gesetzlichen Vertreter bzw. die zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen zur Überprüfung der in § 19 Abs. 1 Nr. 2 IntV festgelegten Anforderungen vorzulegen.

---

Ort, Datum

Name, Unterschrift und Stempel